



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

23.08.01

Bebauung des Platzes Rostow am Don: Am Rat vorbei?

Presseerklärung

Nach dem schon seinerzeit merkwürdigen – von Fehlemann im Alleingang initiierten – Versuch, im Rahmen eines „Interessenbekundungsverfahrens“ potentielle Investoren zu ermitteln, dürfen sich Ausschüsse und Rat mit einem weiteren massiven Vorstoß Fehlemanns befassen, der die „reine Vermarktung“ der Fläche zum Ziel hat.

Zum Zwecke der Beschleunigung des Verfahrens hat Fehlemann selbst eine Bauvoranfrage eingereicht. In der Beschlußvorlage ist von einem Testentwurf für die Rahmenbedingungen als Bauvoranfrage die Rede. Dieser Testentwurf, der keineswegs der tatsächlichen Bebauung und der Flächenausnutzung entsprechen muß, wurde im Sinne eine planungsrechtlichen Bauvoranfrage geprüft und – ohne Beteiligung der politischen Gremien - positiv beschieden.

Dazu stellt Ingrid Reuter, Mitglied im Ausschuß für Umwelt und Stadtgestaltung, fest: „ Das ist ein absolut unübliches und inakzeptables Verfahren, wobei sich der Vorgang nahtlos an den Überraschungscoup des Baus eines technischen Rathauses auf dem Platz anschließt. Jedenfalls haben die Ratsgremien haben bis zu diesem Augenblick nur im Zuge der Rahmenplanung Märkische Straße die Bebauungsoption zur Kenntnis genommen. Die richtige Reihenfolge wäre, sich zunächst grundsätzlich mit der Bebauungs- bzw. Vermarktungsabsicht auseinanderzusetzen. Dazu gehört, andere Nutzungen gegenüber zu stellen und schließlich - gegebenenfalls über die Einbeziehung des neu gegründeten Gestaltungsbeirates - die notwendige Qualität zu diskutieren, falls ein Baukörper an dieser Stelle befürwortet wird. Hieran anschließen sollte sich ein städtebaulicher Wettbewerb um dieser wichtigen innerstädtischen Platzsituation Rechnung zu tragen.“



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben noch keine abschließende Position zur

Bebaubarkeit des Platzes bezogen, kritisieren aber vehement das Verfahren, über eine positiv beschiedene fiktive Bauvoranfrage und einer beabsichtigten Einziehung einer öffentlichen Wegefläche die Bebauung voranzutreiben, ohne ein eindeutiges und qualifiziertes Votum der Fachausschüsse und des Rates einzuholen. Von daher werden wir beantragen, daß die Entscheidung über die Zustimmung zur Bebauungsabsicht ausgesetzt wird und der in Gründung befindliche Gestaltungsbeirat mit einer Einschätzung der städtebaulichen Situation und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten beauftragt wird.

Aus unserer Sicht ist es im übrigen notwendig, bei allen weiteren Planungen zu berücksichtigen, daß es sich bei der S- und U-Bahnhaltestelle um einen wichtigen Bahnhof und Umsteigepunkt handelt. Eine mögliche Bebauung des Vorplatzes kann zu einer Situation führen, die der Stadt einen weiteren sogenannten Angstrraum beschert. Auch diese Problematik muß im Vorfeld diskutiert werden. Wir werden im Ausschuß für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen den beigefügten Antrag einbringen.